

Kreis-Zeitung

für den Obertaunus-Kreis.

Anzeigenpreis

die viergespaltene Garmondzeile oder deren Raum 20 Hg.; im Nachdruckteil die Zeile 35 Hg. — Nachlag bei öfteren Wiederholungen. — Laufende Wohnungsanzeigen nach Uebereinunft.

Geschäftsstelle

Kulmburgstr. 73, Fernruf 414
Postfachkonto Nr. 16193
Frankfurt a. M.

Die Nationalversammlung.

Der Rat der Volksbeauftragten hat die deutsche verfassunggebende Nationalversammlung nach Weimar berufen. In einer Erklärung hierzu wird der Beschluß mit psychologischen und sachlichen Gründen gerechtfertigt, gleichzeitig werden die Hauptbedenken gegen die Wahl Weimars zu entzählen gesucht. Das deutsche Volk hat ein hartes Interesse auch an den Begleitumständen der Verhandlungen, so daß eine sorgfältige Prüfung der Frage dringend geboten ist.

Ganz auszuhalten ist zunächst der Gesichtspunkt, ob durch die Ablegung Berlins als Sitz des Reichsparlamentes der Reichshauptstadt eine Kränkung geschieht oder ob solche Kränkung mehr oder minder sachlich und psychologisch berechtigt ist. Für die Wahl des Ortes müssen allein sachliche Momente den Ausschlag geben. Hiermit entfällt der Punkt, den die Reichsregierung an die Spitze ihrer Erklärung stellt: der Widerstand Süddeutschlands, wo man auf Berlin nicht gut zu sprechen ist.

Ganz falsch mutet weiter die Begründung der Regierungserklärung an, die örtliche Trennung von Regierung und Nationalversammlung werde keine allzu großen Schwierigkeiten machen. An der Tatsache läßt sich nichts ändern, daß die häufige (um nicht zu sagen regelmäßige) Anwesenheit der Volksbeauftragten und Unterstaatssekretäre an den Beratungen der Nationalversammlung sehr erwünscht ist, und fast alle Mitglieder der Regierung gehören der Nationalversammlung als Abgeordnete an. Wenn weiter behauptet wird, es dürfte in Weimar die Reffortarbeit zu leisten sein, zu deren Erledigung die Versammlung in Einzelausschüsse einzulösen wäre, so ist das gewiß richtig. Nur die Schlussfolgerung ist falsch, daß dadurch nur die zeitweilige Anwesenheit einzelner Reffortleiter in Weimar erforderlich wäre. Wer den komplizierten Mechanismus auch nur eines einzelnen Refforts näher kennt, sieht voraus, daß ein dauerndes Hin- und Herreisen von Referenten, ein dauerndes Telephonieren und Telegraphieren nach dem im vielhundertköpfigen Beamtenapparat jedes Refforts herauszufindenden Material und damit ein unerwünschter, ja bedenklicher Zeitverlust eintreten wird.

Bei der Beurteilung der Frage darf die geringe örtliche und verkehrstechnische Eignung einer Stadt wie Weimar nicht außer Acht gelassen werden. Wenn sich die Vertreter des deutschen Volkes auch damit ausöhnen, daß sie an einer Stätte tagen werden, wo bisher Komödie und Tragödie gespielt wurde, so fehlt doch an geeigneten Räumlichkeiten für die Ausschüsse, für die Fraktionsführungen, für Regierungvertreter und Presse, ja sogar an geeigneten Unterkünften. Wie eine Beschleunigung der Arbeiten zu erzielen ist, wenn Abgeordnete und Pressevertreter täglich die Reise von Jena oder Erfurt machen müssen, bleibt Geheimnis der Regierung. Auch ist mit Gewißheit zu erwarten, daß die Berichterstattung nur lüdenhaft und verzögert zu bewerkstelligen sein wird. Endlich: will man etwa auch die parallel berufene preussische Konstituante von Berlin verbannen und wohin? Das abschließende Urteil für die Wahl Weimar kann also nur lauten: ungeeignet.

Die Wahlen

Berlin, 21. Jan. (W. B.) Nach den vorläufigen nichtamtlichen Meldungen können bis heute nachmittag 5 Uhr als gewählt gelten 319 Abgeordnete aus 28 Wahlkreisen von insgesamt 37 Kreisen mit 433 Abgeordneten.

Felice.

Roman von Arthur Windler-Tannenberg.

(Fortsetzung)

(Nachdruck verboten.)

Nacht war's. Felice sah auf ihrem Zimmer. Ruhelos, schlaflos. Sie hatte das elektrische Licht angebracht und las in Briefen, die sie ausgebreitet vor sich liegen hatte. Es waren Briefe von ihm.

In ihr garte es heftig. Sollten all die Beteuerungen falsch sein, die so heiß und beströmend aus diesen Blättern zu ihr sprachen! Unmöglich! Brennende Scham kam bei dem bloßen Gedanken über sie. Oder war er krank. Eilige Angst schlich in ihre Vorstellungen. Und wie sie noch zwischen Jörn, Scham und Angst schwankte, fiel ihr Blick auf das Schreiben vom 27. Oktober, das so seltsamen Unterschlupf gefunden hatte. Da war etwas nicht richtig gewesen! In dem Morgenrot hatte sie es nicht stecken lassen, wie war es dorthin gekommen? Sie rechnete sorgfältig zurück:

Am 29. Oktober war der Brief angekommen. Archibald hatte ihn, wie stets, auf dem Boden einer Pralinenschachtel gebracht. Sie war an diesem Tage von früh an bei einem Tennisturnier gewesen. Hier, auf dem kleinen Wandkalender war's angemerkt, und sie sann nach, wie sie drinnen in den Parkanlagen, hinter einem Nuthenstrauch verborgen, den Brief gelesen hatte!

Wie war er in den Morgenrot gekommen? Und auf einmal durchquerte es sie. Abends, wie heute, beim elektrischen Licht, hatte sie draußen auf der Terrasse gelesen. Allein, versunken in ihr Glück, da hatte sie in diesen Briefen gelesen. Ein Windstoß, der vom Meere hergekommen war, hatte sie fröhlich angehaucht und ins Bett geschleucht.

noten. Die Abgeordneten verteilen sich auf die Parteien folgendermaßen:

Mehrheitssozialisten	132
Unabhängige	22
Deutsche Demokratische Partei	58
Zentrum	57
Konfessionelle	28
Nationalliberale	14

Ferner erhielten der Bayer. Bauernbund 4, Bürgerpartei und Bauern- und Weingärtnerbund in Württemberg 2, Nationalliberale und Mittelpartei in Franken 1, Bauern- und Landarbeiterdemokraten in Schleswig-Holstein 1 Sitz.

Der „Vorwärts“ schreibt: Wegen der Elektrizitätsarbeiterstreiks (worüber wir an anderer Stelle berichten. D. R.) konnte das Ministerium des Innern das amtliche Wahlergebnis noch nicht feststellen. Es kann zurzeit noch nicht mit Bestimmtheit gesagt werden, wann die Zusammenstellung fertig sein wird.

Die Friedenskonferenz.

Die Pariser Presse.

Bern, 21. Jan. (W. B.) Die Stimmung der französischen Presse bei der Eröffnung des Friedenskongresses läßt sich am besten aus den Ausführungen des „Petit Parisien“ erkennen. Dieser erklärt, daß die Geschichte eine Wiederkehr des Rechtes kenne. „Deutschland, das sich für den Herrscher der Welt hielt, ließ die ganze Welt gegen sich aufstehen. Die ganze Welt begrüßt den Zusammenbruch des im Jahre 1870 auf unserer Niederlage errichteten Kaiserreiches. In Paris wird unter dem Vorhitz Frankreichs die neue Weltordnung aufgebaut und werden die Grundzüge des Rechtes wiederhergestellt.“

Bemerkenswert ist, daß kein einziges Blatt, nicht einmal die sozialistische Presse, soweit sie bisher vorliegt, ein Wort darüber verliert, daß Deutschland und seine früheren Bundesgenossen nicht vertreten seien. Das Fehlen der Russen wird nur von Herze in der „Victoire“ als eine bedauerliche und schmerzvolle Lücke erwähnt. Die Blätter knüpfen ihre Kommentare zumeist an die Rede Poincarés an, die sie als einen Beweis dafür erachten, daß eine Einigkeit unter den Alliierten heute zu erzielen sei. Das Blatt „Clementeaus „Homme libre“ und der „Figaro“ heben besonders hervor, daß Clementeaus den besten, also den gerechtesten und menschlichsten Frieden wolle, der der Welt Sicherheit gegen etwaige neue gewaltsamen oder Unterdrückungsunternehmen biete. Wilson habe im Laufe des Krieges moralischen und politischen Anschauungen aus der Zeit vor dem Eingreifen Amerikas nach und nach mit den Erfahrungen in Einklang gebracht und ihnen den abstrakten Charakter entzogen. Die von dem „Figaro“ hieran geknüpften Bemerkungen, daß Wilsons Grundzüge die alte moralisch beherrschten und dabei gleichzeitig alle Notwendigkeiten berücksichtigten, erläutert Herze dahin, daß Frankreich eben deshalb, weil es erneute Angriffe vermehrt, auf seiner Abstraktion gefestigt sein müsse. Die Befehle des linken Rheinufers werde nicht verlangt, wohl aber die Bildung eines neutralen Pufferstaates. Verstanden die Alliierten diese Frage nicht, so bräuchten sie nur einen Auszug in die verwüsteten Gebiete zu unternehmen. Aber man dürfe Vertrauen in die Konferenz haben, daß sie die Wünsche Frankreichs nicht unerfüllt lassen werde. Der „Temps“ ist beunruhigt, daß Deutschland vielleicht Wilson gegen Clementeaus auszuspielen könnte, was einen Zusammenbruch des Sieges bedeuten würde. Allerdings hätten

die Reden Wilsons und Clementeaus die Hoffnungen Deutschlands zunichte gemacht. Die Aufgabe der Konferenz bestünde nicht darin, die Verwirklichung aller Wünsche und Forderungen zu sichern, sondern sie müsse diese Wünsche so regeln, daß das neue Europa auf festem Boden stehe.

Wilhelm II.

Haag, 21. Jan. Aus Baltimore wird gemeldet: Es scheint festzustehen, daß die Alliierten, mit Ausnahme von Amerika und Italien, die persönliche Bestrafung des Kaisers und anderer Politiker verlangen. In Amerika ist man der Ansicht, daß derartige individuelle Bestrafungen eine falsche Wirkung haben würden, weil dadurch das deutsche Volk von seiner eigenen Mitschuld befreit würde, so daß es auf Grund dieser Ausöhnung wirtschaftliche Gleichberechtigung mit den anderen Staaten beantragen könne.

Die Wirkung der Blockade auf die Sterblichkeit.

500 000 Todesfälle infolge Ernährungsschwierigkeiten.

Berlin, 21. Jan. (W. B.) Die Wirkungen der Blockade während des Krieges auf die Sterblichkeit in Deutschland, namentlich vom Herbst 1916 bis Ende 1918, sind inzwischen genauer festgestellt worden. Die Zahlen sind weit höher, als bisher angenommen wurde. Es hat sich die erschreckende Tatsache ergeben, daß mehr als 500 000 Todesfälle lediglich auf Ernährungsschwierigkeiten zurückzuführen sind. Die Feststellungen sind mit der größten Vorsicht getroffen und geben eher eine zu kleine als zu große Zahl. Alle diese Menschen sind eines elenden Todes gestorben. Ihre Leiden waren mit den schwersten psychologischen Leiden ihrer Angehörigen verknüpft, die ihnen nicht das geben konnten, was sie brauchten. Es handelt sich besonders um schwache Frauen, alte Leute und Kinder, ferner um Personen, die nach ihrem Zustande die mangelhafte Ernährung besonders schlecht vertrugen. Es sind nur die Angehörigen der Zivilbevölkerung gezählt. Die genauen Feststellungen sollen mit dem benutzten Material ausführlich veröffentlicht werden, um zu beweisen, daß es sich um keine falsche Propaganda, sondern um streng objektive Feststellungen handelt. Die Untersuchung geht aus von den jährlichen Sterbeziffern der weiblichen Bevölkerung vor und während des Krieges. Alle auf Epidemien wie Ruhr, Grippe sowie auf andere besondere Ursachen zurückzuführenden Sterbefälle werden in Abzug gebracht. Die indirekten Folgen der mangelhaften Ernährung, die sich u. a. in erhöhter Sterblichkeit der nächsten Jahre deutlich zeigen werden, lassen sich nicht in Zahlen fassen.

Berlin, 21. Jan. (W. B.) Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, ist die von anderer Seite verbreitete Nachricht über die Aufhebung der Blockade unzutreffend. Es wurden im Gegenteil alle erbetenen Milderungen glatt abgelehnt. So dürfen u. a. an die Kohlenlieferungen für Dänemark keine Bedingungen geknüpft werden. Die Dampfer müssen sogar leer zurückkehren. Selbst die Bitte der deutschen Regierung um Freigabe des Seeweges, um Lebensmittel von Ostpreußen nach Mitteldeutschland zu befördern, wurde von der Entente abschlägig beschieden.

Die Ausstände.

Berlin, 21. Jan. (W. B.) Die Arbeiter der städtischen Elektrizitätswerke in Berlin sind in eine Lohnbewe-

leuchtete ihr Gesicht, immer fröhlicher wurden die Augen.

„Von wem?“ fragte Tante Käthe.

„Von ihm, von Hans.“

„Du stehst in Briefwechsel mit ihm?“

„Ja, Tante, von jetzt an direkt und eingeschrieben, da unsere Korrespondenz mit Dekadreden eine unliebsame Störung erfahren hatte.“

„Korrespondenz mit Dekadreden! Elmar, was sagst Du? Mädchen, Felice!“

„Aus Rücksicht auf Euch, mit Dekadreden, ja, Tanten, aber wie gesagt, es gab Störungen, und da habe ich Hans geraten, an meine wirkliche Adresse und rekommandiert zu schreiben.“

„Felice! Ich stehe hier im Namen Deines Vaters!“

„Und dann, Tanten, möchte ich bemerken, daß der alte Brief damals ins falsche Kleid gesteckt worden ist, ich hatte an jenem Tage den blauen Morgenrot gar nicht angezogen!“

„Felice! Was soll das —?“

„Aber jetzt ist ja alles wieder in Ordnung. Nur antworten muß ich gleich.“

Damit nahm sie den Brief und ging.

Tante Käthe sah gebrochen in ihrem Stuhle.

„Elmar, was sagst Du?“ stöhnte sie kläglich.

„Daß ich gar nicht der Diplomat bin, für den Du mich neulich erklärt hast — die Küsse geb' ich Dir wieder.“

18. Kapitel.

In dem Schlosse Uhlenkamp war ein schrecklicher Wettersturz aller Hoffnungen eingetreten, nach der Ankunft der neuesten Post aus Nizza.

Es war aus, alles war aus!

gung getreten. Die Verhandlungen endeten zunächst mit dem Vorschlag der Arbeitervertreter, die Angelegenheit dem Einigungsamt des Gewerbegerichts zu unterbreiten. Nachdem diesem Vorschlag der Magistrat zugestimmt hatte, erklärten die Arbeitervertreter, daß sich die Arbeiterschaft mit dem Auftruf des Einigungsamtes nicht einverstanden erkläre, und daß sie vielmehr auf restlose Bewilligung der Forderungen beharren würde. Dem Magistrat war es aber nicht möglich, die Forderungen, die teilweise auf eine Erhöhung der bisher gezahlten Löhne um über 60 Prozent hinausgehen, zu bewilligen.

Berlin, 21. Jan. (Priv.-Tel.) Infolge des Ausstandes der Elektrizitätsarbeiter erloschen heute abend um 1/9 Uhr auch im Wolff'schen Telegraphenbüro die elektrischen Lampen, so daß der ganze Betrieb mit einem Schlage verdunkelt wurde. Die Unterbrechung dauerte aber nur wenige Minuten. Mit Hilfe rasch herbeigeholter Lampen und Kerzen wurde eine notdürftige Beleuchtung ermöglicht. In einem gegenüber dem Büro liegenden Gasthause mit Gasbeleuchtung wurde rasch eine fliegende Redaktion eingerichtet, neben den Gästen, die bei Glühpumpen oder Bier den Abend verbrachten, klapperten bald die Schreibmaschinen, eilten Botsen mit den neuesten Depeschen herbei und liefen andere mit den zur Verbreitung nach außerhalb bestimmten Telegrammen hinaus nach der im Büro verbliebenen Expedition, wo die Vervielfältigung und der Versandt beim Scheine flackernder Kerzen und altväterlicher Petroleumlampen vor sich ging.

Die Bedrohung des deutschen Ostens.

Berlin, 21. Jan. (Priv.-Tel.) Wie die „Kreuzzeitung“ von unterrichteter Stelle hört, haben die Polen kürzlich 7 deutsche Geiseln, die sie festgenommen und eingekerkert hatten, ohne jeden Rechtsgrund erschossen. Unter den Getöteten befindet sich der Rittergutsbesitzer v. Haja-Kadish, der im Jahre 1912 als deutscher Kandidat für den Reichstagswahlkreis Osnabrück-Samter-Binbaum aufgestellt war. Die Leichen der Erschossenen wurden von den janatschen Polen dann noch in grauenvoller Weise verstümmelt und geschändet.

Berlin, 21. Jan. (Priv.-Tel.) Auf die Bitte des Danziger Magistrats an Hindenburg, Danzig und die Provinz Westpreußen dem Vaterlande zu erhalten, ist eine Antwort Hindenburgs eingegangen, worin es heißt: „Möge die deutsche Bürgerschaft Danzigs versichert sein, daß von Seiten der Obersten Heeresleitung schon seit langem Maßnahmen vorbereitet werden, die für den Schutz der bedrohten Provinzen erforderlich sind. Voraussetzung für den Erfolg ist der feste Wille aller Deutschen, alles einzusetzen und zu jedem Opfer bereit zu sein, um das Land zu schützen. Ich treue mich, daß dieser Geist in der Stadt Danzig vorherrscht und wünsche Ihrer weiteren Arbeit besten Erfolg zum Segen der Ostmark und des ganzen Vaterlandes.“

Berlin, 21. Jan. (Priv.-Tel.) Nach der „B. Z. a. M.“ hat sich die Reichsregierung in den jüngsten Tagen in mehreren Sitzungen mit der Frage des Grenzschutzes im Osten beschäftigt. Es stünde fest, daß Generalfeldmarschall v. Hindenburg die Leitung der zum Grenzschutz notwendigen Operationen übernehmen wird. Wo er sein Hauptquartier aufschlagen wird, sei noch nicht bestimmt. In Pommern, Ostpreußen und Westpreußen sind freiwillige Volkswachen im Entstehen, die mit den bereits im Osten befindlichen Truppen vereinigt werden sollen.

Lokale Nachrichten.

Bad Homburg v. d. H., 22. Jan. 1919.

Stadtverordneten-Versammlung

vom 21. Januar.

Anwesend sind 8 Magistratsmitglieder und 21 Stadtverordneten. Die Galerie ist dicht besetzt.

Zu Abt. D. Titl. 1. pos. 1 (Büro- und Schreibutensilien) ist eine **Kreditergänzung** von 300 Mark nötig, die dem Magistratsantrag entsprechend, bewilligt werden.

Für die Heizeinrichtung der Läden im Rathaus werden nachträglich 500 Mark, für die der Rindorf'sche Schule

Felice hatte das Heft völlig in der Hand, und sie, Onkel Elmar und Tante Käthe, waren kaltgestellt. Ob unter diesen Umständen eine weitere Observation der Unheilbaren noch einen Zweck habe? Felice brauche ihren Laubbüsch nicht mehr und habe ihn herzlos abgedankt; ja, wohl, herzlos, anders könne man es gar nicht bezeichnen. Alle Hoffnung ruhe nun auf ihm, dem Major, daß er die Annäherung zwischen Leo und Lene fördere. Das sei die einzige Rettung.

Wie zerstimmt starrte der Empfänger auf die Mitteilungen. Aber ein paar Minuten nur. Es war seine soldatische Art, energisch und rasch zuzugreifen. Also, dann an die letzte Rettungsmöglichkeit!

Er stülpte den Jagdhut auf, nahm einen dicken Knotenstock und spazierte ins Dorf. Am Wegesranden Bauernhofe hielt er an und fragte nach dem Hausherrn. Mathilde sagte Bescheid und ließ in eilfertiger Untertänigkeit voraus. Als der Major und sie über den Fluß gingen, spähte Lene oben um das Treppengeländer.

„Anton, Anton! Der Herr Major will Dich sprechen. Er ist selber hierher gekommen! — O, bitte sehr, Herr Major!“ damit war sie ins Zimmer geeilt, hatte mit der Schürze einen Stuhl abgewischt und mitten auf die Diele gestellt. Dann blieb sie erwartungsvoll stehen.

Anton Wegner erhob sich.

„Guten Morgen, Herr Major, Sie bemühen sich selbst? Ich denke die Sache mit dem Mühlgraben ist in Ordnung. Ich habe mich ja bereit erklärt, die Kosten bei meinem Uferstück zu tragen.“

„Guten Morgen,“ antwortete der Major, und ein verlegener Blick schweifte nach der begierig lauschenden Frau. „Das alles ist in Ordnung, lieber Wegner, — heute komme ich in einer anderen Angelegenheit und möchte Sie — gern — allein sprechen.“

450 Mark und für Instandsetzung des Hauses Leonhardt (lt. Kostenanschlag) 5000 Mark verlangt. Im letzten Fall hat der Magistrat angeordnet, daß nur das unbedingt notwendige gemacht werden soll. Die Versammlung bewilligt die genannten Beträge.

Stadtv. Denfeld fragt, ob es nicht ratsam erscheine die Mietbeträge im Hause Leonhardt herabzusetzen, weil nur kleinere Leute als Mieter in Betracht kommen würden. Bauinspektor Feire erwidert, daß die Anlegung im Magistrat bereits gefallen sei und nachgegeben werden soll. Die Mietbeträge sollen wesentlich herabgesetzt werden.

Der fünfte Punkt der Tagesordnung betrifft die **Feuerversicherung** der städtischen Gebäude. Hierüber liegt ein prinzipieller Beschluß des Magistrats vor dem die Versammlung zustimmt, daß die Versicherung in gleicher Weise wie bisher geschehen soll.

Analog dieses Beschlusses, soll das Haus „Am Mühlberg 11 a“ gegen Feuergefahr mit 50 Prozent Erhöhung der bisherigen Versicherungssumme (23 790 Mark) versichert werden. Der diesbezügliche Magistratsantrag wird ohne Erörterung angenommen.

Der 7. Punkt betrifft die **Entschädigung** an Pächter (die genannt werden) veräußerten städtischer Grundstücke. In Betracht kommen vier Pächter. Das Schätzungsamt hat die Entschädigung auf 940 Mark für eine Fläche von 10,5 Ar festgesetzt womit der Magistrat einverstanden ist.

Stadtv. Everts hält die Entschädigungssumme im Verhältnis zur Pachtsumme für zu hoch.

Bürgermeister Feigen antwortet, daß es sich zunächst um eine vorzeitige Kündigung des Pachtverhältnisses handle. Die Flächen wären teils frisch gedüngt und besät. Außerdem habe das Schätzungsamt nach sorgfältiger Prüfung den verlangten Betrag festgesetzt. Hieraus wird der Magistratsbeschluß auf Bewilligung der Entschädigungssumme gutgeheißen.

Der letzte Punkt der Tagesordnung betrifft den in der vorigen Sitzung viel umstrittenen Punkt der einmaligen **Teuerungszulage** an die Beamten und Angestellten.

Damals ist bekanntlich kein Beschluß gefaßt worden. Auf die Frage des Vorsitzenden an Stadtv. Dr. Wolff, ob er seinen Ausführungen am vergangenen Dienstag noch etwas anfügen wolle, antwortet der Gefragte mit Nein.

Stadtv. Schlottner bemerkt, daß er dem Magistratsbeschluß, auf dem derselbe verharren zu müssen glaube, nicht zustimme. Die darin aufgeführte Staffellung sei derart, daß sie nicht aufrecht erhalten werden könne. Nach einer kurzen Darstellung bezw. Begründung, stellt er einen neuen Antrag (auf den wir noch zurückkommen werden. D. B.)

Stadtv. Dippel nimmt hier zu einer längeren Ausführung das Wort und begründet eingehend das Verlangen auf Gleichstellung der Angestellten und Arbeiter, ebenso wie die Lösung der umstrittenen Frage nach seiner Meinung gefunden werden könne. Wenn man die Gehaltsstufen im Geiste vorüberziehen lasse, möge das, was gesagt worden wäre rein numerisch stimmen. Es handle sich hier nicht um Gehaltsaufbesserungen, sondern um eine einmalige Teuerungszulage. Es sei ganz ausgeschlossen, daß die Beamten, die ab und zu Extrahonorare bekämen, zu kurz kommen. Er begrüße es indessen, daß die Beamten endlich einmal aus ihrer bisherigen reservierten Stellung herausgetreten wären und damit den ersten Schritt zu ihrer Organisierung unternommen hätten. Er habe absolut nichts dagegen, wenn ihnen eine hohe Teuerungszulage bewilligt werde, sofern es der Stadtfiskus vertrage. Verharre man dabei den Beamten einen Grundbetrag von 250 Mark zu bewilligen, müssen wir unterseits dabei stehen bleiben, diesen Betrag auch für die Arbeiter zu verlangen.

Stadtv. Dr. Wolff kann sich mit zwei Punkten der Ausführungen des Stadtv. Dippel einverstanden erklären: sowohl geben als es der Stadtfiskus vertrage und was gerecht sei. Was er gehört habe, hätte ihn nicht davon überzeugen können, daß dieser Grundsatz beachtet werden soll. Er beantrage deshalb die Vorlage nochmals an die Vereinigten Ausschüsse zu verweisen.

Stadtv. Dippel widerspricht der Verschleppung der Angelegenheit, die so viel Staub aufgewirbelt habe. Deshalb müsse dieselbe, wenn nicht der Reim des Verdusses

„Hut!“ machte Wegner und bog den Daumen der rechten Hand rückwärts nach der Tür.

Wie eine von ihrem Führungsdrat herumgerissene Marionette verschwand Frau Mathilde. Stumm, widerstandslos, plötzlich.

So, Herr Major, das wäre gemacht, bitte nehmen Sie Platz. Sie haben ganz recht, das Weibsvolk ist vom Uebel.“

Göh von Ahlenkamp setzte sich.

„Entsinnen Sie sich damals, auf dem Schlosse, als wir wegen des Grabens verhandelten, erwähnte ich schon meine Pläne mit dem Leo, mit dem Kutscher, und daß es mir schien, als hätte der ein Auge auf Ihre Lene geworfen.“

Wegner nickte. „Entsinnen mich, natürlich.“

„Sie sagten mir damals, Sie hätten andere Absichten mit der Lene.“ —

„Stimmt.“

„In die Ihnen selbstverständlich niemand dreinzureden hat. Auch ich nicht.“

„So war's alles, Herr Major, genau so war's.“

„Na, dann zur Sache. Der Leo ist sehr tüchtig. Meine Pferde haben nie eine solche Pflege gehabt, ich war wegen meines Stalles niemals beruhigter, als seit ich den Leo habe, den jehigen Leo.“

„Freut mich, zu hören, es ist was wert, wenn man sein Vieh gut aufgehoben weiß.“

„Und, um ihn zu halten, will ich, daß er heiratet.“

Göh von Ahlenkamp sah Wegner erwartungsvoll an.

Endlich äußerte der: „Und was sagt er dazu?“

„Nee, lieber Wegner, ich möchte wissen, was Sie dazu sagen.“

(Fortsetzung folgt.)

größer werden sollte, nicht in einer geheimen Sitzung behandelt werden.

Stadtv. Zimmerling meint herausgehört zu haben — wenigstens habe es so geungen — daß dem Magistrat das Verständnis für eine Vorlage der ausgleichenden Ge- rechtigkeit abgeprochen werden soll. Er glaube es aus- sprechen zu dürfen, daß der Magistrat es in der Ver- gangenheit erschöpfend bewiesen habe, daß er sozial zu denken vermag. — Eingehend erörtert er die Gründe, die den Magistrat bewegen haben, die Vorlage so und nicht anders aufzustellen. Niemals aber werde man zu einer Gleichheit überall kommen. Stadtrat Zimmerling deutet auf die Verantwortlichkeit der Beamten im Gegensatz zu den Arbeitern, die ohne Vorkenntnisse und ohne jede Ver- antwortung ihr Tagewerk verrichten. Die Gehälter der geringst besoldeten Beamten wären schon in Friedenszeiten derart gewesen, daß sie dabei kaum existieren konnten, trotzdem seien die Gehälter der Masse der städt. Beamten nicht aufgebessert worden. Die Arbeiter erhielten jetzt zu mäßigen Preisen Kleider und Schuhe, dem kleinen Beam- ten dagegen sei diese, vom sozialen Gefühl heraus ge- schaffenen Einrichtung verschlossen. Die Höhe der geplan- ten Zulage sollte nun einen Ausgleich schaffen. —

Gefragt wurde, ob die Stadt die entstehende Belastung tragen könne. Der Magistrat habe gemeint sich deswegen die größte Beschränkung auferlegen zu müssen. Kommen sie, bittet schließlich Stadtrat Zimmerling, heute zum Be- schluß. Es ist lange genug gewartet worden und der Worte sind ebenfalls genug gewechselt.

Stadtv. Dippel verweist auf die Stadt Frankfurt, welche die Arbeiter und die Beamten gleichgestellt habe. Stadtrat Zimmerling habe von den billigen Anzügen für die Arbeiter gesprochen, für die 45 bis 60 Mark zu zahlen wären und dabei so jadencheinig seien, daß die Sonne durchscheine wenn man sie an das Fenster hänge. Die Arbeiter bräuchten an Bekleidungsstücken und Schuh- wert viel mehr als der Beamte, der den ganzen Tag im Büro sitze. Er wolle den Beamten absolut nichts ab- ziehen. Solange er in Stadtparlament sitze, habe er ihnen noch nie Abstriche gemacht. Was die Dedung der allerdings hohen Lasten anbelange, würde doch zuerst der Steuerzahler in Betracht kommen und Steuer zahlen müsse auch der kleinste Mann. Aus alledem sei er nicht in der Lage den gestellten Antrag umzustülpen. Halten sie es, sagt er, für nötig den Beamten 250 Mark zu geben, dann ist es auch nötig sie den Arbeitern zu be- willigen. Wegen dem, was zum Leben notwendig ist, gibt es keinen Unterschied zwischen Beamten und Arbei- tern.

Bürgermeister Feigen. Bei den Zulagen die gege- ben wurden, ist die Stadt stets dem Beispiel des Staates gefolgt, so auch diesmal. Der Wunsch der Beamten gehe dahin, nicht schlechter gestellt zu sein, wie die Staatsbe- amten. Auch andere Städte haben die Zulagen gewährt. Wenn jetzt von den staatlichen Sägen abgerückt werden sollte, sei Homburg die einzige Stadt, die das zu stande gebracht hätte.

Stadtv. Dr. Pariser unterstützt den Antrag Schlott- ner.

Stadtv. Debus überblickt die bisherigen Beratun- gen und hofft schließlich, daß die Beteiligten einsehen würden, daß man alles getan habe, was man hätte tun können.

Stadtv. Denfeld glaubt wiederholt sagen zu müs- sen, daß eine Teuerungszulage und keine Gehaltsauf- besserung in Frage stehe. Er bittet den Kommissionsbe- schluß bestehen zu lassen und dafür Sorge zu tragen, daß die Zulagen, die die Beteiligten so nötig hätten, bald in deren Besitz gelangten.

Wie der Vorsitzende mitteilt, liegen nun drei An- träge vor. Zuerst der frühere Antrag Dippel: für die Beamten, Angestellten und Kriegsangestellten je 175 Mark; der Antrag Dr. Rüdiger: den Beamten 250 Mark, den Arbeitern 175 Mark und den Kriegsangestellten ebenfalls 175 Mark; der neue Antrag Dippel: an alle Beamten und Arbeiter die gleiche Summe von 250 Mark.

Stadtv. Wolff zieht seinen Antrag zurück, da ihm die Sache nicht geklärt erscheine.

Der Vorsitzende fragt, ob Stadtv. Dippel seinen An- trag aufrecht erhalte. Dieser bejaht und wiederholt: Bleibt man dabei den Beamten 250 Mark zu gewähren, verlangen wir 250 Mark für die Allgemeinheit.

Der Antrag wird zum Beschluß erhoben und erhält nur die Zustimmung der Minorität.

Angenommen wird der Antrag des Stadtv. Schlott- ner: Den Beamten einen Grundbetrag von 250 Mark, den Arbeitern 175 Mark und den Kriegsangestellten gleichfalls 175 Mark zu bewilligen. Als Stichtag gilt, infolge eines Beschlusses der Versammlung auf Antrag des Stadtv. Röhrner, der 1. Dezember 1918.

Stadtv. Dippel wünscht, daß in das Protokoll der heutigen Tagung aufgenommen werde, er habe nicht die Absicht gehabt die Teuerungszulage der Beamten zu schmälern. Nur des Prinzips halber habe er auf gleiche Behandlung bestehen müssen.

Damit ist die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung erschöpft. Außerhalb derselben deutet Stadtv. Denfeld auf den schlechten Zustand des Bürgersteiges in der Rindorf'schen Straße. Stadtv. Dr. Wolff regt, unterstützt vom Stadtverordneten Everts, die Auflösung der Sicherungs- wehr an und Stadtv. Wehrheim bittet um Beilegung der Holzversteigerungen.

In geheimer Sitzung soll über die Festsetzung der Löhne für die **Notstandsarbeiter** beraten werden. Stadtv. Dip- pel beantragt öffentliche Beratung. Dem Antrag ent- spricht die Versammlung und die Öffentlichkeit, die bis zur Beschlußfassung auf kurze Zeit unterbrochen werden mußte, wird wiederhergestellt.

Der Magistrat hatte folgende Löhne bewilligt: Für Verheiratete mit Kinder 10 Mark, ohne Kinder 9 Mark. Unverheiratete über 21 Jahre 8 1/2 Mk., Arbeiter im Al- ter von 18 bis 21 Jahren 7 1/2 Mk., im Alter von 16 bis 18 Jahren 7 Mark und den Arbeitern unter 16 Jahren 4 1/2 Mark.

Stadtv. Dr. Wolff wünscht zu wissen, was sich seit der letzten Beschlußfassung geändert habe um dem Magi- strat Veranlassung zu geben, diesen Antrag vorzulegen.

Bürgermeister Zeigen: Die vorgeschlagenen Sätze gehen über die des Kreises hinaus. Die Notstandsarbeiter haben in der vorigen Woche gestreikt und der Magistrat ist, um den Verheirateten entgegenzukommen, zu dem Beschluß gelangt, den Familienvätern etwas mehr zu geben.

Stadt v. Dr. Wolff kann sich damit einverstanden erklären, den verheirateten Arbeitern mit Kindern 10 Mk. zu bewilligen, für alle anderen aber sollten die früheren Sätze bestehen bleiben. Die Arbeiten, die jetzt ausgeführt wurden, seien rein für „die Kagen“, wären außerordentlich teuer und mühten schließlich später wiederholt werden.

Herr Schmidt vom Arbeiterrat nimmt das Wort und führt etwa folgendes aus: Die Forderung sei wesentlich höher für die jüngeren Arbeiter. Mit den Kameraden gehe er einig die Sätze einigermaßen herunterzubringen, im übrigen seien dieselben nur scheinbar groß. Frankfurt bezahle Beträge bis zu 14 Mark, Homburg könne deswegen auch 10 Mark gewähren, zumal eine Gemeinde wie Westhofen bis zu 9 Mark bezahle. Er bittet schließlich die Zeigen der Zeit zu verstehen und die verlangten Löhne zu gewähren.

Stadt v. Dr. Wolff bleibt dabei, nur bei den Verheirateten mit Kinder den Lohnsatz von 8 auf 10 Mark zu erhöhen.

Bei der Abstimmung wird der weitgehendste Antrag des Stadtv. Dippel angenommen. Danach erhalten: Verheiratete mit Kinder 10 Mark, ohne Kinder und Ledige 9 Mark; Arbeiter im Alter von 18 bis 21 Jahren 8,50 Mk., im Alter von 16 bis 18 Jahren 7 Mark und Arbeiter unter 16 Jahren 5 Mark.

Gegen 10 1/2 Uhr wird die öffentliche Sitzung geschlossen, eine geheime Beratung folgte.

* Für unsere jüngsten Ehrenbürger, Herrn Generalmajor von Loßberg und Herrn Generaldirektor Reinhold Beder, Kreisfeld, sind die Ehrenurkunden beim Magistrat eingetroffen. Die für Herrn von Loßberg zeigt auf der einen Seite das Schloß und die Dorotheenstraße mit dem Geburtshaus des Ehrenbürgers. Die andere Seite zeigt in ebenso fein künstlerischer Aufmachung eine Gesamtansicht von Homburg. Die Urkunde lautet:

„Wir, Magistrat und Stadtverordnete der Stadt Bad Homburg v. d. Höhe, beurtunden hiermit, daß wir dem am 30. April 1868 hier geborenen

Herrn Karl von Loßberg

Generalmajor, General à la suite S. M. des Kaisers und Königs und Chef des Generalstabs der 4. Armee in dankbarer Anerkennung seiner hohen Verdienste um das deutsche Vaterland als Chef der Armeen, welche die Schlachten in der Champagne, an der Somme, bei Arras und in Flandern in der Abwehr zu schlagen hatten, das

Ehrenbürgerrecht der Stadt Bad Homburg v. d. H. verliehen haben.

Zur Urkunde dessen ist dieser offene Brief ausgefertigt. Bad Homburg v. d. H., den 8. März 1918.

Magistrat Die Stadtverordneten-Versammlung
Oberbürgermeister. Vorsitzender.

Die Ehrenurkunde für Herrn Generaldirektor Reinhold Beder zeigt das Schloß, das geplante Offizier-Genesungsheim, den Elisabethbrunnen und eine Ansicht von Bad Homburg.

Die Urkunde lautet:

Wir, Magistrat und Stadtverordnete der Stadt Bad Homburg v. d. H. beurtunden hiermit, daß wir dem Herrn Generaldirektor

Reinhold Beder

zu Kreisfeld in dankbarer Anerkennung der Verdienste um die Stadt Bad Homburg v. d. Höhe durch Stiftung eines hier zu errichtenden Offizier-Genesungsheims erworben hat, das Ehrenbürgerrecht verliehen haben.

Zur Urkunde dessen ist dieser offene Brief ausgefertigt. Bad Homburg v. d. H., den 8. März 1918.

Magistrat Die Stadtverordneten-Versammlung
Oberbürgermeister. Vorsitzender.

Beide Urkunden sind vollendet künstlerisch entworfen und ausgeführt und dürften bei dem Bewerter echter Kunst das größte Interesse wecken.

* Gütersperre. Wie die Eisenbahndirektion bekannt macht, werden am 23., 24. und 25. Januar Frachtküdergüter zur Beförderung nicht angenommen.

* Die Zentrums-Partei (Christl. Demokratische Volkspartei) hält heute abend 7 1/2 Uhr im Speisesaal des Kurhauses eine öffentliche Versammlung ab. Als Redner treten auf Frau v. Brentano-Offenbach und Herr Oberlandesgerichtsrat Linz-Frankfurt a. M.

* Privatbriefsendungen nach der französischen Besatzungszone sind, nach neueren Bestimmungen, wie uns das hiesige Postamt mitteilt, unzulässig.

Berichtigung. In Nr. 18 vom 20. Januar wurde irrtümlich das bisherige Wahlergebnis von Hessen-Nassau als für die letzte Wahl zur Nationalversammlung gebracht. Das Ergebnis bezieht sich jedoch auf die Reichstagswahlen von 1912.

Hus Nah und Fern.

Köppern, 21. Jan. (Ein Bulle auf Schleichhandelsweg.) Bon zuverlässiger Seite wird uns folgendes be-

richtet: Zwei Kirdorfer Männer versuchten einen Bullen von Kirdorf nach Kirdorf zu bringen. Als Dedmantel legten sie dem Bullen ein Zuggeschirr auf, als ob das Tier zum Vorspanndienst diene. Der hiesige Arbeiterrat traute aber der Sache nicht recht und nahm den beiden Männern das Tier weg, um es vorläufig in einem hiesigen Stalle unterzubringen. Es stellte sich heraus, daß das Tier geschlachtet werden sollte. Denselben wurde durch das Eingreifen des Arbeiterrats das Leben gerettet, da der Bulle zur Zucht brauchbar ist. Bei der Staatsanwaltschaft wurde bereits Anzeige erstattet und der beiden Schleichhändler wartet eine harte, aber gerechte Strafe für ihre gemeine Handlungsweise.

Kurhaus-Konzerte.

Donnerstag, 23. Januar, nachm. von 4—6 Uhr, Konzert. Dirigent: Konzertmeister Felix Krzyzaniak. 1. Ouvertüre Wenn ich König wär (Adam). 2. Walzer, Zigeunerliebe (Vehar). 3. Fantase aus Rigoletto (Verdi). 4. Ouvertüre Norma (Bellini). 5. Frühlingszeit, Solo für Posaune (Beder). Posaune Herr König. 6. Walzer, Wellenspiele (Meyer-Hellmund). 7. Czardas (Miska).

Stadt Karten.

Edith Schönberg

Gustav Lang

Zahnarzt

Verlobte

Friedberg (Hessen).

Bad Homburg.

Ihre

Vermählung

zeigen an

Karl Lepper u. Frau

geb. Schütze

Bad Homburg, 22. 1. 19.

Dorotheenstraße 14.

Die erste Schlacht ist geschlagen!

Die Deutsche Volkspartei

sammelt jetzt ihre Kräfte zum Kampf um die

Preußische National-Versammlung

Es handelt sich dabei nicht nur um die Gestaltung des Preussischen Staates, sondern auch um die Festlegung der Grundsätze für die gesamte Selbstverwaltung von der Provinz bis zur Gemeinde

Die Deutsche Volkspartei

ist entschlossen, den inneren Ausbau des Staates

in liberalem Geiste durchzuführen

Für die am 26. Januar stattfindende Wahl

hat sie folgende Liste freiheitlich gesinnter Männer und Frauen aufgestellt:

1. Oberbürgermeister a. D. Eugen Gebelshaus, Hanau a. M.
2. Dr. Wilh. Ferd. Kalle, Chemiker, Biebrich a. Rh.
3. Landwirt Hg. Chielmann, Flacht (Unterlahnkrise).
4. Rektor Wilhelm Schwarzhaupt, Frankfurt a. M.
5. Fabrikant u. Stadtv. Hermann Humbert, Weylar.
6. Bernw. Frau Prof. Naëmi Joseph, geb. Candidus, Marburg.
7. Stadtbauinspektor Hans Waejer, Frankfurt a. M.
8. Kottenführer Th. Schröder, Hestholzhausen bei Limburg.
9. Uhrmacher Ernst Gerlach, Weylar.
10. Kaufmann u. Stadtverordneter August Weyel, Haiger.
11. Lehrerin Chetla Illgen, Wiesbaden.
12. Bürgermeister Otto Klein, Melsungen.

13. Rektor Philipp Kern, Bad Homburg v. d. H.
14. Amtsgerichtsrat Fischer, Bindecken bei Hanau.
15. Bergmann Jacob Fink, Münster bei Weilburg.
16. Hüttendir. Hermann Schröder, Nievernerhütte bei Ems.
17. Hauptlehrer G. Hofmann, Garbenheim, Kreis Weylar.
18. Werkmeister Gustav Giller, Staatseisenbahnwerkstätten Limburg.
19. Wilhelmine Brunsfeld, Geschäftsinhaberin, Kassel.
20. Landwirt Georg Christian, Unterliederbach.
21. Realschuldirektor Dr. Kündenthal, Gelnhausen.
22. Bankbeamter Gustav Vogel, Frankfurter Viehmarktsbank, Frankfurt a. M.

Ordentliches

Dienstmädchen

bei hohem Lohn zum sofortigen Eintritt gesucht.

Frau J. Löwenstein,
Luisenstraße 43 1/2.

Wandkalender

zum Preise von 20 Pfg. für unsere Abonnenten und 30 Pfg. für Nicht-Abonnenten zu haben in der Geschäftsstelle der Kreis-Zeitung.

Mitte der Stadt

3-Zimmerwohnung

Badereinrichtung und Zubehör an kleine ruhige Familie zu vermieten. Angebote unter R. 13. an die Geschäftsstelle.

Frachtstückgüter

werden am 23., 24. und 25. Januar 1919 zur Beförderung nicht angenommen.

Fraunfurt (Main), den 20. Januar 1919.

Eisenbahndirektion.

Gebr. Denfeld

empfehlen sich zum Schneiden von

Brennholz

mit einer fahrbaren Holzschneidemaschine.

Bestellungen werden angenommen

Tel. Nr. 262.

Dornholzhausen Hauptstraße 22. Kirdorf Stedterweg 12.

Turnverein „Vorwärts“ (E. V.)

Die regelmäßigen Turnstunden finden **Dienstags u. Freitags** in der **Turnhalle der Bürgerschule** abends 8¹/₂ Uhr statt. Erste Turnstunde Freitag, den 24. Januar.

Neuanmeldungen werden daselbst entgegen genommen.

Der Vorstand.

Versteigerungen

und Abschätzungen von Mobilien, Schäden aller Art, sowie sachgemäße Erledigungen von Pfandverkäufen, Nachlass, Konkursen. ferner Uebernahme ganzer Haushaltungen, Einzelmöbel gegen sofortige Abrechnung.

Lagerung und Aufbewahrung von Mobilien, Wertgegenstände etc. unter günstigen Bedingungen übernimmt

August Herget,

beidigtiger Taxator und Auktionator.

Bad Homburg v. d. Höhe. Dorotheenstrasse Nr. 35. Telefon 772

Todes-Anzeige.

Tieferschütterung machen wir teilnehmenden Verwandten und Bekannten die tieftraurige Nachricht, daß mein innigstgeliebter guter Mann, unser treubestorgter Vater, Bruder, Schwager und Onkel

Valentin Gerecht

Briefträger

im Alter von 52 Jahren heute Nacht 1¹/₃ Uhr nach langem schweren Leiden plötzlich und unerwartet sanft in dem Herrn entschlafen ist.

Bad Homburg-Kirdorf, den 22. Januar 1919

Um stille Teilnahme bitten

Die tieftrauernden Hinterbliebenen:

J. d. M. Frau Lina Gerecht, geb. Deifel.

Die Beerdigung findet statt: Freitag, den 24. Januar, nachmittags 2 Uhr vom Sterbehause Kirdorf Grabengasse 42.

Möbeltransport

über Land und per Bahn

Wilhelm Pauly,

Bad Homburg v. d. H.

Kirdorferstrasse 53

Telefon 411.



Spedition und Lastfuhrwerk.
Entladung von Waggonen und Führen aller Art in und ausser der Stadt bei sachgemässer Bedienung und unter günstigen Bedingungen.

Öffentliche

Volksaufklärung.

Dr. Ludwig von Gerdtell, Marburg (Lahn)

spricht

von einem dogmatisch u. konfessionell vorurteilslosen Standpunkte aus

für denkende moderne Menschen.

Freitag, 24. Januar: „Der kirchliche Christus als falscher Messias“.

Dienstag, 28. „ : „Antisemitismus und Christentum“.

Freitag, 31. „ : „Staat und Christentum“.

Dienstag, 4. Februar: „Pazifismus und Christentum“.

Freitag, 7. „ : „Luther als Gefahr“.

Dienstag, 11. „ : „Der moderne Mensch und die Zukunftskirche“.

Freitag, 14. „ : „Freie Aussprache über obige Vorträge“.

Großer Speisesaal des Kurhauses, 8 Uhr abends.

Eintritt frei.

Kein Garderobenzwang.

Reservierte Plätze à 1.— M. auf Wunsch an der Abendkasse.

Komitee für religiöse Freiheit.